

Stephen F. Cohen, ein emeritierter Professor und Redakteur des US-Magazins *The Nation*, vertritt die Auffassung, die NATO-Osterweiterung habe keinesfalls mehr Sicherheit, sondern nur mehr Unsicherheit gebracht.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 192/17 – 08.12.17

Haben 20 Jahre NATO-Osterweiterung irgendjemand mehr Sicherheit verschafft?

**Seit 1997 hat die vermutlich mächtigste Lobby der Rüstungsindustrie
nicht mehr Sicherheit, sondern nur mehr Unsicherheit in die Welt gebracht**

Von Stephen F. Cohen

The Nation, 18.10.17

(<https://www.thenation.com/article/have-20-years-of-nato-expansion-made-anyone-safer/>)

Stephen F. Cohen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_F._Cohen , ein Redakteur des Magazins *The Nation*, und John Batchelor (Moderator einer Radio Show, s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_Calvin_Batchelor) diskutieren seit einiger Zeit wöchentlich einmal über den neuen Kalten Krieg zwischen den USA und Russland. Nachfolgend werden die Ergebnisse ihrer Diskussion vom 18.10.17 wiedergegeben. Die Ergebnisse weiterer Gespräche sind aufzurufen unter <https://www.thenation.com/authors/stephen-f-cohen/> .

Cohen hat zunächst festgestellt, dass Präsident Bill Clinton schon vor 20 Jahren, also im Jahr 1997, die Entscheidung getroffen hat, die NATO nach Osten zu erweitern. Im gleichen Jahr sei das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geschwächte Russland zum "Freund und strategischen Partner der USA" erklärt und die NATO-Russland-Grundakte verabschiedet worden. (Eine deutsche Übersetzung der Grundakte ist nachzulesen unter http://www.nato.diplo.de/contentblob/1940894/Daten/189459/1997_05_Paris_DownDat.pdf). Darin habe man den Russen zugesichert, keine "größeren Kampfverbände der NATO dauerhaft auf dem Gebiet der neuen NATO-Mitglieder in Osteuropa zu stationieren". Cohen hat das Jubiläumsjahr zum Anlass, genommen, um zu fragen, ob die Osterweiterung der NATO nicht mehr Unsicherheit statt mehr Sicherheit geschaffen hat, und in der Diskussion mit Batchelor die nachfolgend wiedergegebenen Argumente vorgebracht.

1. Das von den USA geführte Militärbündnis NATO wurde nach der durch Beitritt der DDR zur BRD vollzogenen Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 erstmals nach Osten erweitert, ist mittlerweile auf 29 Staaten (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO>) angewachsen und reicht jetzt bis an die Grenzen Russlands; damit hat der "Einflussbereich" der USA die bisher größte und schnellste Ausweitung in Friedenszeiten erfahren. Russland wird hingegen schon dann scharf kritisiert, wenn es nur seine eigenen Grenzen sichern will. Mit der NATO-Osterweiterung hat der Westen auch zwei Versprechen gebrochen, die er der Sowjetunion gegeben hat, was der Kreml niemals vergessen wird. 1990 haben die von Vater Bush geführte US-Regierung und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow versichert, als Gegenleistung für die Zustimmung der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands werde "die NATO keinen Zoll nach Osten ausgedehnt" (s. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ost-erweiterung-der-nato-was-versprach-genscher-12902411.html>). Diese Zusicherung wird heute von einigen Beteiligten und vielen Kommentatoren bestritten, von anderen Beteiligten und von Archivaren aber bestätigt. Das zweite Versprechen wurde im laufenden Jahr gebro-

chen, denn die NATO ist gerade dabei, bisher noch rotierende Land-, See- und Luftstreitkräfte dauerhaft in der Nähe der russischen Grenzen zu positionieren (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP21310_081110.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP16616_281116.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP11917_190717.pdf) und einen Raketenabwehrschild zu errichten (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf). Auch die "NATO-Osterweiterung", wie sie von ihren Befürwortern abwiegelnd genannt wird, geht weiter. 2017 wurde Montenegro aufgenommen und nach wiederholten Ankündigungen "bleibt die Tür offen" für ehemalige Sowjetrepubliken wie Georgien und die Ukraine (s. <http://georgien-aktuell.info/de/politik/nato/article/13389-nato>).

2. Die NATO ist weit mehr als das stärkste Militärbündnis der Welt. Mit großzügig ausgestatteten Büros, Vertretungen, Denkfabriken und vielen Lobbyisten in Brüssel und in anderen westlichen Hauptstädten ist sie auch eine mächtige politisch-ideologische Institution – mit ihren vielen Zuarbeitern, Propagandisten und Lohnschreibern in Brüssel und anderswo vielleicht sogar die einflussreichste der Welt. In den USA vergeht zum Beispiel kaum eine Woche ohne Berichte und Kommentare in Mainstream-Medien wie *Newsweek*, die meist aus NATO-Quellen wie dem Atlantic Council stammen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic_Council) und von der NATO nahestehenden Autoren verfasst werden.

3. Um die Frage zu beantworten, ob die Erweiterung der NATO mehr Sicherheit oder mehr Unsicherheit gebracht hat, müssen auch die Folgen mehrerer Kriege berücksichtigt werden, die das Militärbündnis oder einzelne seiner Mitglieder seit 1997 geführt haben.

- Im Krieg gegen Serbien im Jahr 1999 hat die NATO das Kosovo besetzt und abgetrennt und damit einen Präzedenzfall für weitere Besetzungen und Abspaltungen geschaffen (Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05514_260314.pdf .)
- Der im Jahr 2003 mit Lügen inszenierte Krieg gegen den Irak hat sich zur Katastrophe für alle Beteiligten entwickelt und die Verbreitung des organisierten Terrorismus gefördert – und zwar nicht nur die Entstehung und Verbreitung des Islamischen Staates im Nahen und Mittleren Osten. Das gleiche gilt auch für den Krieg gegen Libyen im Jahr 2011, weil keine Lehren aus dem Überfall auf den Irak gezogen wurden. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP00606_130106.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP01106_260107.pdf)
- Weil man Georgien die NATO-Mitgliedschaft versprochen hatte, hat das Land 2008 einen Krieg mit Russland vom Zaun gebrochen, der eigentlich ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland war. Obwohl Georgien damals eine schwere Niederlage erlitten hat, ist die NATO immer noch dort aktiv. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf)
- Die USA und die NATO haben 2014 auch den "Aufstand" in der Ukraine angezettelt, der Russland zur Annexion der Krim veranlasste und den noch andauernden Bürgerkrieg im Donbass auslöste, der in Wirklichkeit auch ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland ist. Der von den USA unterstützte Westen der Ukraine steckt in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, und Kiew tut alles, um eine direkte militärische Konfrontation zwischen den USA und Russland zu provozieren. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP18414_211114.pdf)
- Die Nato hat sich auch in den Krieg in Afghanistan hineinziehen lassen, der inzwischen zum längsten sieglosen Krieg in der Geschichte der USA geworden ist. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP11407_010607.pdf)

Bei rationaler Einschätzung haben all diese Kriege nur die wirtschaftliche und politische Unsicherheit wachsen und neue Krisen und Konflikte entstehen lassen.

4. Die NATO-Osterweiterung hat auch politisch-ideologisch begründete Unruhe gestiftet. Die andauernd in allen westlichen Medien und besonders in den US-Medien verbreitete NATO-Propaganda hat die ohnehin bestehende Russophobie verstärkt und den Weg zu einem neuen Kalten Krieg geebnet. Das äußerst bedrohliche Ergebnis ist die Vergiftung und Militarisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Russland. Das ist der größte entstandene Unsicherheitsfaktor, weil sich daraus ein Atomkrieg gegen Russland entwickeln könnte.

5. Trotz des vielen Geldes, das schon für die NATO-Osterweiterung ausgegeben wurde, konnte keine der bestehenden internationalen Krisen gelöst werden; die wirtschaftlichen Probleme Europas und die Abspaltungstendenzen sind gewachsen, der internationale Terrorismus hat sich ausgeweitet und die Flüchtlingswelle anschwellen lassen, und das von der NATO in Gang gesetzte neue atomare Wettrüsten mit Russland hat die Gefahr heraufbeschworen, dass sich weitere Staaten Atomwaffen verschaffen.

Gleichzeitig mit der Ausweitung der NATO sind ihre eigenen internen Probleme gewachsen; das NATO-Mitglied Türkei nähert sich Russland an, und in Ungarn und Polen ist die Demokratie in Gefahr geraten. Außerdem scheint sich als Reaktion auf die seit 20 Jahren andauernde Expansion der NATO ein neues Militärbündnis zwischen Russland, China dem Iran und weiteren Partnern herauszubilden.

6. Zu den Argumenten der Befürworter der NATO-Osterweiterung ist Folgendes zu sagen:

- Sie behaupten, die Staaten im Baltikum, die früher zur Sowjetunion, und die anderen osteuropäischen Staaten, die früher zum Warschauer Pakt gehört haben, fühlten sich durch das postsowjetische Russland bedroht und hätten deshalb der NATO beitreten wollen. Das macht aber keinen Sinn. Als sie kurz vor oder nach der Jahrtausendwende in die NATO aufgenommen wurden, war Russland sehr geschwächt und allenfalls selbst von weiterem Zerfall bedroht. Um befürchtete Bedrohungen durch Russland ein für alle Mal auszuschließen, hätte man nur Gorbatschows Vorschlag vom "gemeinsamen Haus Europa" aufgreifen und einen Sicherheitspakt für ganz Europa, einschließlich Russlands, abschließen müssen – mit bilateralen Sicherheitsabkommen zwischen Russland und den früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und den ehemaligen Sowjetrepubliken, mit denen auch der Status der russischen Minderheiten zu regeln gewesen wäre. Das Argument von der "russischen Bedrohung" macht auch deshalb keinen Sinn, weil die winzigen baltischen Staaten erst 2004 in die NATO aufgenommen wurden.
- Es wird auch behauptet, jeder in den Augen der NATO "qualifizierte Staat" habe das Recht dem Bündnis beizutreten, wenn er das wolle. Das ist auch unlogisch. Die NATO ist keine x-beliebige Studentenverbindung oder eine Rentner-Vereinigung wie die American Association of Retired Persons / AARP (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/American_Association_of_Retired_Persons). Sie ist, ein Sicherheitsbündnis, und das einzige Kriterium für einen Beitritt sollte sein, ob dadurch die Sicherheit der Mitglieder erhöht wird oder nicht. Nach Meinung vieler westlicher Kritiker war von Anfang an klar, dass sich die Sicherheit der NATO-Mitglieder durch die NATO-Osterweiterung nicht erhöhen wird.
- Es wird auch behauptet, Russland sei erst unter der Führung Wladimir Putins zur Bedrohung geworden. Dabei hat der britische Akademiker und Russland-Experte

Richard Sakwa (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Richard_Sakwa) eindeutig nachgewiesen, dass alle heute von Russland ausgehenden "Bedrohungen" nur Reaktionen auf die NATO-Osterweiterung waren. Cohen sieht das etwas differenzierter: Die angeblich aus der "Aggressivität Putins" erwachsene Bedrohung, sei zwar vorrangig als Antwort auf Maßnahmen der USA und der NATO anzusehen. Es gebe aber noch andere negative Folgen. Dass sich Russland von den USA und der NATO "umzingelt" fühle, wirke sich auch nachteilig auf die zunehmend restriktive russische Innenpolitik aus.

Wenn die internationale Stabilität und Sicherheit wieder hergestellt werden sollen, muss die NATO-Osterweiterung sofort aufhören. Könnte dieser Irrsinn auch ganz rückgängig gemacht werden? Die seit Ende der 1990er Jahre aufgenommenen neuen Mitglieder können natürlich nicht einfach wieder ausgeschlossen werden. Die NATO könnte aber etwas für die Entspannung tun, wenn sie ihre Truppen wieder hinter die Grenze der alten Bundesrepublik zurückzöge, wie sie das (den Russen) 1990 versprochen hat. Das hört sich zwar etwas utopisch an, würde unsere sehr unsicher gewordene Welt aber wieder etwas sicherer machen.

Stephen F. Cohen ist ein emeritierter Professor für Russistik und russische Politik, der an der New York University und der Princeton University gelehrt hat und jetzt als Redakteur für The Nation arbeitet.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Unser Parlament und unsere Regierung könnten noch sehr viel mehr für die Entspannung tun, wenn sie den [in der Beck'schen Textausgabe / NATO-Truppenstatut und Zusatzvereinbarungen, Verlag C.H. Beck, abgedruckten und unter <https://www.bundestag.de/blob/406796/436b500e321ea98cb7b7291ee1c3adc8/wd-2-087-08-pdf-data.pdf> erläuterten] "Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland" kündigen und den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO erklären würden. [Weitere Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_05/LP01805_010705.pdf]. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Have 20 Years of NATO Expansion Made Anyone Safer?

Since 1997, the world's perhaps most powerful corporation and lobbyist has created more insecurity than security.

By Stephen F. Cohen, October 18, 2017

Nation Contributing Editor Stephen F. Cohen and John Batchelor continue their weekly discussions of the new US-Russian Cold War. (Previous installments, now in their fourth year, are at TheNation.com.)

Cohen notes that 20 years ago, in 1997, President Bill Clinton made the decision to expand NATO eastward. That same year, in order to placate post-Soviet Russia, then weak and heralded in Washington as America's "strategic friend and partner," the Russian-NATO Founding Act was adopted. It promised that expansion would entail no "permanent stationing of substantial combat forces." Cohen takes the occasion of this anniversary

year to ask whether NATO's eastward expansion has created more insecurity than provide the security it promised. He divides the question into several subjects, which he and Batchelor discuss.

1. The expansion of the US-led military alliance, which began in Germany with 13 member states and now stretches to Russia's borders with 29, is the largest and fastest growth of a "sphere of influence" (American) in modern peacetime history. Throughout the process, Russia has been repeatedly denounced for seeking any sphere of security, even on its own borders. NATO expansion included two broken promises to Russia that the Kremlin has never forgotten. In 1990, the Bush administration (and the West Germany government) assured Soviet leader Mikhail Gorbachev that, in return for Russia's agreeing to a united Germany in NATO, the alliance would "not expand one inch to the east." (Though denied by a number of participants and commentators, the assurance has been confirmed by other participants as well as by archive researchers.) The other broken promise is unfolding today as NATO builds up permanent land, sea, and air forces near Russian territory, along with missile-defense installations. NATO "enlargement," as it is sometimes benignly termed by its promoters, continues. Montenegro became a member in 2017 and the "door remains open," officials say repeatedly, to the former Soviet republics of Georgia and Ukraine.

2. NATO is more than the world's most powerful military alliance. With lavishly funded offices, representatives, think tanks, and other advocates not only in Brussels but in many Western capitals, it is also a powerful political-ideological-lobbying institution—perhaps the world's most powerful corporation, also taking into account its multitude of bureaucratic employees in Brussels and elsewhere. In the United States alone, scarcely a week passes without media "news" and commentary produced by NATO-affiliated authors or based on NATO sources. (See, among other examples, the Atlantic Council and Newsweek.)

3. Asking whether "enlarged" NATO has resulted in more insecurity than security requires considering the consequences of several wars it led or in which several of its member states participated since 1997:

§ The Serbian war in 1999 resulted in the NATO occupation and annexation of Kosovo, a precedent cited by subsequent secessionists and occupiers.

§ The 2003 Iraq War was a catastrophe for all involved and a powerful factor behind expanding organized terrorism, including the Islamic State, and not only in the Middle East. The same was true of the war against Libya in 2011, no lessons having been learned.

§ NATO promises that Georgia might one day become a member state was an underlying cause of the Georgian-Russian war of 2008, in effect a US-Russian proxy war. The result was the near ruination of Georgia. NATO remains active in Georgia today.

§ Similar NATO overtures to Ukraine also underlay the crisis in that country in 2014, which resulted in Russia's annexation of Crimea, the still ongoing Ukrainian civil war in Donbass, and in effect another US-Russian proxy war. Meanwhile, US-backed Kiev remains in profound economic and political crisis, and Ukraine fraught with the possibility of a direct American-Russian military conflict.

§ Meanwhile, of course, there is Afghanistan, initially a NATO war effort but now the longest (and perhaps most un-winnable) war in American history.

Any rational calculation of the outcomes of these wars, Cohen points out, reveals far more military and political insecurity than security, which is mainly pseudo-security or simmering crises.

4. NATO expansion has also bred political-ideological insecurities. NATO's incessant, ubiquitous media saturation and lobbying in Western capitals, particularly in the United States, has been a major driving force behind the new Cold War and its rampant Russophobia. One perilous result has been the near-end of American diplomacy toward Russia and the almost total militarization of US-Russian relations. This alone is a profound source of insecurity—indeed of possible war with Russia.

5. Meanwhile, the vast resources devoted to NATO expansion have scarcely contributed anything to resolving real international crises, among them economic policies in Europe that have helped inspire secessionist movements; international terrorism in the Middle East and the refugee crisis; the danger of nuclear proliferation, which NATO has abetted by spurring a new nuclear arms race with Russia; and others.

Nor does NATO's vast expansion resolve its own internal crises, as, for example, the growing alliance between NATO member Turkey and Russia; and undemocratic developments in other member states such as Hungary and Poland. And this leaves aside the far-reaching implications of an emerging anti-NATO alliance centering around Russia, China, and Iran—itsself a result of NATO's 20-year expansion.

6. Cohen ends by considering the counter-arguments made by NATO expansion promoters over the years:

§ They say the small Baltic and other Eastern European countries previously victimized by Soviet Russia still felt threatened by post-Soviet Russia and therefore had to be brought into the alliance. This makes no empirical sense. In the 1990s, Russia was in shambles and weak, a threat only to itself. And if any perceived or future threat existed, there were alternatives: acting on Gorbachev's proposed "Common European Home"—that is, a security agreement including all of Europe and Russia; bilateral security guarantees to those once-victimized nations, along with diplomacy on their part to resolve any lingering conflicts with Russia, including the endangered status of their own ethnic Russian citizens. This argument makes no historical sense either: The tiny Baltic states near Russia were among the last to be granted NATO membership.

§ It is also said that every qualified nation has a "right" to NATO membership if it wishes to join. This too is illogical. NATO is not a non-selective fraternity or the AARP. It is a security organization whose sole criterion for membership should be whether or not membership enhances the security of its members. From the outset, it was clear, as many Western critics pointed out, it would not.

§ Later, it is belatedly argued, Russia did become a threat under its leader Vladimir Putin. But as the British academic specialist Richard Sakwa has compellingly argued, any threat Russia now poses was created by NATO itself, by Moscow's reactions to NATO expansion. Cohen puts this somewhat differently: Much of what is today denounced as "Putin's aggression" abroad has been his responses to US and NATO policies. There is also another negative consequence. Moscow's perception that it is being increasingly encircled by an "aggressive" US-led NATO has had lamentable, and predictable, influence on Russia's domestic politics.

For the sake of international security, NATO expansion must end now. But is there a way back from the 20-year folly, Cohen asks. Member states taken in since the late 1990s can-

not, of course, be expelled. But NATO expansion could be demilitarized, its forces withdrawn back to Germany, from which they crept to Russia. This may have been possible in the late 1990s or early 2000s, as promised in 1990. Now it is mostly a utopian idea, but one without which the world is in ever graver danger—a world with less and less real security.

Stephen F. Cohen Stephen F. Cohen is a professor emeritus of Russian studies and politics at New York University and Princeton University and a contributing editor of *The Nation*.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern